

Bemerkungen zur Sicherung der Einheiten mit Bausoldaten

Am 24. Januar 1962 beschloß die Volkskammer der DDR die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (»Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht – Wehrpflichtgesetz«).⁸

Damit gab es Wehrdienstverweigerer. Aber es gab auch Wehrpflichtige, die sich ihrer gesetzlichen Pflicht nicht entziehen wollten, aber aus Glaubensgründen (5. Gebot: Du sollst nicht töten) einen Waffendienst ablehnten.

Für diese Wehrpflichtigen wurde als Alternative der Dienst als Bausoldat eingeführt, der gleichfalls 18 Monate dauerte.

368

Am 7. September 1964 erließ der Nationale Verteidigungsrat der DDR die »Anordnung über die Aufstellung von Baueinheiten im Bereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung«. In der Folge wurden je ein Baupionierbataillon bei den Militärbezirken III und V, beim Kommando Luftstreitkräfte/ Luftverteidigung und beim Kommando der Volksmarine aufgestellt.

Aus operativer Sicht vollzog sich für die zuständigen Mitarbeiter der HA I bei den Baueinheiten eine Verlagerung der Schwerpunkte der Arbeit. Es gab weder militärische Geheimnisse noch Waffen zu sichern. Andererseits bestand die Gefahr des Mißbrauchs der religiösen Gefühle von Bausoldaten zur Erzeugung antisozialistischer Haltungen und Handlungen. Die Hauptrichtung der operativen Arbeit orientierte sich folglich darauf, Einflüsse mit derartigen Zielstellungen abzuwehren. Bestimmte kirchliche Kreise, die den Sozialismus ablehnten und die auch im Widerspruch zu führenden Kirchenvertretern des BEK (Bund der Evangelischen Kirchen) und der Landeskirchen in der DDR standen, und oppositionelle Kräfte entwickelten Aktivitäten, die gegen die sozialistische Alternative des Wehrdienstes ohne Waffe gerichtet waren, um einen zivilen Ersatzdienst zu erzwingen.

Es wurde alles versucht, in diesem Sinne ideologisch auf die Bausoldaten einzuwirken, das Dienstgeschehen in den Baueinheiten zu desorganisieren, Dienstverweigerung und Arbeitsniederlegungen an militärischen Objekten und Anlagen oder eine »Arbeitslangsam-Bewegung« bei Arbeiten in der Volkswirtschaft zu provozieren, eine Eingabenbewegung in Gang zu setzen, die die vorgesetzten Dienststellen ständig beschäftigt, oder von den Vorgesetzten Zugeständnisse zu fordern, die über die Festlegungen der Dienstvorschriften hinausgingen (zusätzlicher Ausgang zum Besuch von Gottesdiensten).

Es gab nicht wenige oppositionelle Kräfte, die das Problem *Bausoldat – ziviler Ersatzdienst* zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Staat führen wollten. Über Kontakte zu Bausoldaten wollten sie diese Debatte in die Einheiten tragen. Während der Existenz der Baueinheiten und auch bei zeitweisem dezentralisiertem Einsatz von Bausoldaten in Stäben, an Schulen, in Erholungsheimen, im Armeelazarett Bad Saarow und in anderen Bereichen kam es nur zu einzelnen Vorfällen, die die Arbeitsbereitschaft gefährdeten. Es gab allerdings keine Fahnenflucht bei Bausoldaten.